SPOTLIGHT



Im Dialog mit Simone Oldenburg

Mehr Bildung ist drin. Für alle.

Simone Oldenburg (<u>Die Linke</u>) Bildungsministerin von Mecklenburg-Vorpommern (MV) und Präsidentin der Bildungsministerkonferenz im Dialog mit Florian Eschstruth, Herausgeber der Dialogreihe vom Bayerischen Elternverband (<u>BEV</u>).

ESCHSTRUTH: Frau Oldenburg, Sie sind als eine der wenigen TOP-Bildungspolitikerinnen und -Bildungspolitiker ausgebildete Lehrerin. Können Sie Bildung besser?

OLDENBURG: Ich habe ein Lehramtsstudium absolviert und viele Jahre lang unterrichtet. Ich war Lehrerin, Schulleiterin, Vertrauenslehrerin... Ich sehe Schule von verschiedenen Seiten. Das ist sicher kein Nachteil.

ESCHSTRUTH: Anfang des Jahres haben Sie die Präsidentschaft der Bildungsministerkonferenz für ein Jahr übernommen. Bisher dachte ich immer das heißt Kultusministerkonferenz. Gibt es einen Unterschied zwischen Kultusministerkonferenz und Bildungsministerkonferenz?

OLDENBURG: Wir haben uns in drei Konferenzen aufgeteilt: in die Bildungsministerkonferenz, in die Wissenschaftsministerkonferenz und in die Kulturministerkonferenz. Unser Ziel ist es, effizienter zu werden. Wir packen Aufgaben schneller an und führen Lösungen schneller herbei. In der Vergangenheit haben Schulthemen die Bereiche Wissenschaft und Kultur immer überlagert. Das ist jetzt anders. Alle Teilkonferenzen sind gleichberechtigt und unter dem Dach der Kultusministerkonferenz vereint.

ESCHSTRUTH: Bildung ist in Deutschland Ländersache. Wir haben 16 verschiedene Bildungssysteme in Deutschland. Wie sehen Sie die Rolle der Bildungsministerkonferenz heute und welche würden Sie sich für diese zukünftig wünschen?

OLDENBURG: Ganz so viele Bildungssysteme sind es nicht. Aber wir haben große Unterschiede. Das ist richtig. Wir müssen Hürden der Zusammenarbeit weiter abbauen, um noch besser gemeinsam an den Aufgaben zu arbeiten. Wichtig ist, dass wir voneinander lernen. Dafür sind die Tagungen der Bildungsministerkonferenz ein gutes Forum.

ESCHSTRUTH: Was davon, denken Sie, können Sie realistischerweise in dem einen Jahr Ihrer Präsidentschaft erreichen?

OLDENBURG: Eine intensive Zusammenarbeit der Bundesländer untereinander ist mir wichtig. Ich setze auf einen Austausch der besten Ideen und Projekte, damit wir dem Ziel näherkommen, das auch das Leitthema meiner Präsidentschaft ist: "Mehr Bildung ist drin. Für alle." In Mecklenburg-Vorpommern haben wir beispielsweise das Leseband aus Hamburg übernommen. Grundschülerinnen und Grundschüler stehen in jeder Jahrgangsstufe täglich 20 Minuten Lesezeit zur Verfügung, in der sie das Lesen üben und Spaß an Büchern entwickeln. Nicht jedes Bundesland muss das Rad neu erfinden. Wir haben übernommen, was anderswo gut läuft.

ESCHSTRUTH: Der Anteil der Kinder, die nach der Grundschule die Mindestanforderungen in den sog. Basiskompetenzen, also Lesen, Schreiben und Rechnen, nicht erfüllen, steigt in allen Bundesländern seit 2012 (IQB). Warum ist das so und was können Sie in Ihrer neuen Funktion tun, um diesen Trend deutschlandweit zumindest zu bremsen?

OLDENBURG: Dafür gibt es mehrere Gründe. Die Heterogenität der Kinder hat zugenommen. Corona hat weitreichende Auswirkungen auf das soziale und kognitive Lernen. An der Bildung wurde zu oft gespart. Ich setze mich dafür ein, dass



Simone
Oldenburg
Bildungsministerin
und stellvertretende
Ministerpräsidentin
MecklenburgVorpommerns (MV),
Präsidentin
Bildungsministerkonfernez



- Wismar Abitur 1987
- Gymnasiallehrerin Universität Leipzig, Deutsch / Geschichte
- Lehrerin und Schulleitung Klütz
- Seit 2018/2019 Leiterin der Regionalen Schule mit Grundschule Proseken
- Seit 2011 MdL MV
- Seit 2021 Bildungsministerin MV
- Seit 2025 Präsidentin Bildungsministerkonferenz



SPOTLIGHT



Im Dialog mit Simone Oldenburg

Kinder und Jugendliche in der Schule Zeit haben, zu lernen. Wir dürfen das nicht auf das Zuhause verlagern. Wichtig ist, die basalen Kompetenzen zu stärken, so wie es das Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz vorgibt. In der Bildungsministerkonferenz erarbeiten wir gerade eine Empfehlung für mehr Bildungsgerechtigkeit.

ESCHSTRUTH: Was machen Sie in MV?

OLDENBURG: Wir führen zum nächsten Schuljahr eine neue Stundentafel ein. In der Grundschule wird mehr Unterricht in Deutsch und Mathematik erteilt. Ab Jahrgangsstufe 7 gibt es ebenfalls mehr Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Wir haben ein neues Konzept zur Beruflichen Orientierung entwickelt.



Foto: zur Verfügung gestellt vom Sekretariat Kultusministerkonferenz

Schülerinnen und Schüler werden bei der Berufswahl besser begleitet und sollen gezielter den Beruf ergreifen, der am besten ihren Neigungen entspricht. An unseren Schulen arbeiten verstärkt multiprofessionelle Teams und wir entlasten unsere Lehrkräfte von organisatorischen Aufgaben, indem wir Alltagshilfen einstellen. Dadurch können sich Lehrerinnen und Lehrer auf ihre pädagogischen Aufgaben und den Unterricht konzentrieren.

ESCHSTRUTH: Das Startchancen-Programm lief in diesem Schuljahr an. Zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung. Die Absicht dieses Programms, mehr Bildungsgerechtigkeit zu realisieren, stand im Koalitionsvertrag der vergangenen Regierung. Warum braucht man drei Jahre bis zur Umsetzung, wenn der Bund doch eigentlich nur Geld auf die Länder verteilt?

OLDENBURG: Das Startchancen-Programm umzusetzen ist ein umfangreicher Prozess. Nach der Zuweisung der Mittel für die einzelnen Schulen ging es schnell. Das erste Jahr war auch immer für die Einführung und die Abstimmungen zwischen Bund und Ländern vorgesehen. Die Verteilung des Geldes war schwierig, wie alles, was gerecht sein soll.

ESCHSTRUTH: Ein Resultat war, dass durch diesen langen Prozess die Bildungsinvestitionen des Startchancen-Programms auf 10 Mrd. Euro halbiert wurden. 1 Mrd. pro Jahr über 10 Jahre. Das "Sondervermögen" der Bundeswehr allein beträgt 100 Mrd. Was ist uns Bildung eigentlich wert?

OLDENBURG: Bildung ist erst einmal Ländersache. Deshalb sind auch die Länder maßgeblich in der Verantwortung. Dennoch erwartet die Bildungsministerkonferenz von der neuen Bundesregierung, dass der Bund statt bislang lediglich 0,3 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt zukünftig ein Prozent vom BIP in die Bildung investiert. Damit würden die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte insgesamt fünf Prozent am BIP ausmachen.

ESCHSTRUTH: Der Ganztag ist ein wichtiges Thema vor allem für Eltern. Der Rechtsanspruch kommt in 2026 für die ersten Klassen und wird dann sukzessive für die Folgeklassen eingeführt. Der Großteil der Verantwortung dafür liegt bei den Kommunen, bis auf den gebundenen Ganztag. Es scheint, dass die Kommunen das flächendeckend nicht schaffen werden. Die negativen Auswirkungen spüren die Eltern und Kinder bereits heute. Können Sie helfen?

OLDENBURG: Die Umsetzung des Rechtsanspruchs fällt vor allem in die Verantwortung der Kommunen und nicht in die der Länder, die für die Bildung zuständig sind. Die Kommunen wissen seit Jahren, dass zusätzliche Hortplätze geschaffen werden müssen. Damit die Umsetzung funktioniert, gibt es eine schrittweise Einführung. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir einen Runden Tisch "Ganztag" ins Leben gerufen, an dem alle Beteiligten sitzen. Wir als Land führen die Partner zusammen und helfen, wenn es klemmt.

ESCHSTRUTH: Wo sehen Sie Deutschland bildungspolitisch realistischerweise in 5 Jahren und wo würden Sie es gerne

OLDENBURG: In der Bildung werden wir vorangekommen sein. Das Startchancen-Programm hat seine Wirkung gezeigt und der Rechtsanspruch wird umgesetzt sein. Aber: Der bundesweite Lehrkräftemangel und die Auswirkungen der fehlenden helfenden Hände werden wir weiterhin spüren.

ESCHSTRUTH: Frau Oldenburg, ich danke für das Gespräch.

OLDENBURG: Sehr gerne. 21.05.2025